

02

Gronau

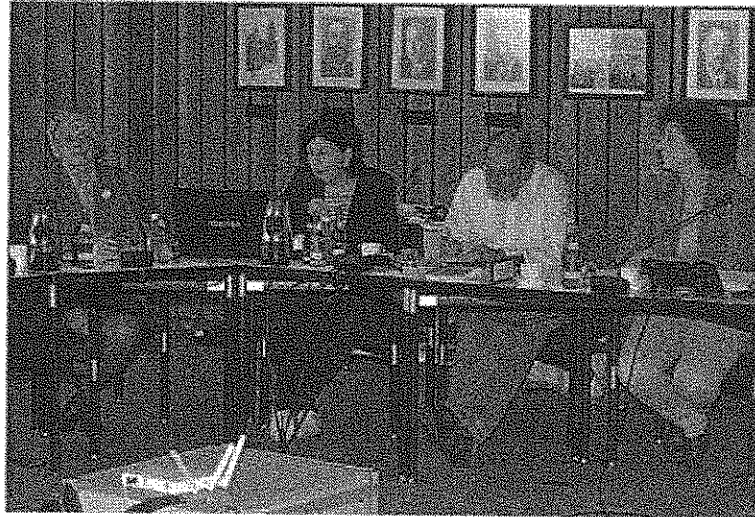
„Wir möchten wohl, aber man lässt uns nicht“

Seniorenbeirat: Idealvorstellung und gefühlte Wirklichkeit prallten in einer Sitzung aufeinander

kw GRONAU. Zwei „Hochkara-rierer“ (O-Ton der Einladung) als Referenten zu Beginn, danach aber eine wenig funkelnde Diskussion über die konkreten Probleme vor Ort: Die jüngste Sitzung des Seniorenbeirates hinterließ bei Beobachtern einen sehr gemischten Eindruck. Auf der einen Seite wurden die Chancen aufgezeigt, die aktive Seniorenarbeit bieten kann, auf der anderen Seite offenbarten sich die Tücken im Detail, die es bei der Umsetzung (zumindest hier) vor Ort geben kann.

„Senioren: Politische Teilhabe wagen und nutzen“ – unter diesem Thema referierten eingangs Barbara Eifert, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gerontologie der Technischen Universität Dortmund und die Vorstandsvorsitzenden der Landes-Senioren-Vertretung NRW, Gaby Schnell. Eifert zeigte zunächst Trends auf, die heute den demografischen Wandel und die Teilhabe Älterer bei steigender Lebenserwartung beeinflussen: Eifert brachte es auf vier Begriffe, mit denen sie Bevölkerungsrückgang, Alterung, Zuwanderung und andere Faktoren (Altersbilder, Rollenerwartungen, Lebens- und Wohnsituation, soziale Beziehungen und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben) zusammenfasste: „Älter, weniger, bunter, differenzierter“.

Die aktuellen Veränderungen seien ohne historisches Beispiel, sie erforderten aber



Referierten vor dem Seniorenbeirat: Gaby Schnell (l.) und Barbara Eifert (r.v.l.). Daneben Beiratvorsitzender Mathias Frings und Altenhilfe-Koordinatorin Edith Brefeld. Foto: Klaus Wiedau

auch Aktivität – sowohl bei den Bürgern, als auch bei den Kommunen. „Partizipation älterer Menschen ist die wirksamste Form ihrer Integration“, so Eifert. Aber: Diese Partizipation setze zwei sich bedingende Teile voraus – teilhabebereite Bürger einerseits und Kommunen, Unternehmen und Organisationen, die diese Teilhabe ermöglichen, andererseits. Die Bereitschaft von Senioren zum Engagement, die Bereitschaft von Kommunen und anderen Einrichtungen, ihnen die Teilhabe zu ermöglichen sowie die Schaffung von Rahmenbedingungen nannte Eifert als die drei tragenden Säulen einer gelungenen Teilhabe.

Die Geschichte der Seniorenvertretungen zeige indes, dass die Gremien von Beginn an umstritten gewesen seien, dass ihre Legitimation, ihre Unabhängigkeit und Fachlichkeit hinterfragt worden seien. Und es sei immer auch um Abgrenzung zur Altenpolitik, um Rahmenbedingungen und Durchsetzungschancen gegangen. Der Blick zurück in die mehr als 30-jährige Historie zeige aber auch, dass kommunale Seniorenvertretungen „eine Erfolgsgeschichte sind“, so Eifert.

„Trotz aller Widerstände kann man bei keiner anderen politischen Gruppe ein so großes Wachstum feststellen.“ Wichtige Grundlagen

dafür seien vor allem die Unabhängigkeit der Gremien, das durch die Wahl erteilte Mandat der älteren Menschen und die Berücksichtigung der Tatsache, dass es um Mitwirkung statt um Mitbestimmung gehe.

Den Ball Mitwirkung griffen Mitglieder des Gronauer Seniorenbeirates anschließend auf und lösten damit eine kontroverse Debatte aus. Wilfried Prangenberg betonte, dass der Beirat arbeiten wolle: „Wir möchten wohl, aber man lässt uns nicht.“ Er verwies auf die Satzung des Seniorenbeirates, die eine Teilnahme an den Ausschuss-Sitzungen vorsehe, de facto aber kein Rederecht gegeben sei. Dei-

lev Hollenberg, Leiter Fachdienst Innere Verwaltung, verwies auf die höherwertigen Vorschriften der Gemeindeordnung, die das nicht zulassen. Eine Änderung sei nur im Wege einer Auflösung und Neubesetzung aller Ausschüsse möglich.

Vertreter von CDU, UWG und FDP signalisierten Offenheit für die Belange des Seniorenbeirates, warben aber um Verständnis dafür, dass Vorgaben und Abläufe einzuhalten seien. „Dies ist der Anfang eines Gespräches, das nach einer Sitzung nicht zu Ende sein kann“, betonte Erich Schwartze (FDP) die Bereitschaft zum Dialog. Der Seniorenbeirat müsse aktiv werden und seine Ziele mit Anträgen gegenüber der Politik formulieren, so Burkhard John (CDU). Auch Jörg von Borczyskowski ließ die pauschale Kritik nicht gelten. Seine Frage: „Welche Ziele haben Sie aufgrund ihres Status nicht verwirklichen können?“ Für die SPD signalisierte Norbert Ricking die Bereitschaft, dem Seniorenbeirat Rederecht in Ausschüssen einräumen zu wollen.

Martha Bösing (Seniorenbeirat) verwies auf die erste große Aktion des Gremiums. Rund 60 Verkehrsprobleme in der Stadt habe man vor einem Jahr zusammengetragen und Politik und Verwaltung um Abhilfe gebeten. „Bisher sind nur zwei Bäume gefällt worden – sonst ist nix passiert“, so Bösing. „Das ist sehr frustrierend.“

Quelle

Verlag : Westfälische Nachrichten
 Publikation : Gronau
 Ausgabe : Nr. 82
 Datum : Donnerstag, den 06. April 2017
 Seite : Nr. 13